

[266] 18. DIE SOZIALE AKTIVITÄT DER KATHOLIKEN IM ÜBERGANG VON
CARITATIVER FÜRSORGE ZU SOZIALREFORM UND SOZIALPOLITIK
DARGESTELLT AN DEN SCHRIFTEN WILHELM EMMANUEL VON KETTELERS*

„Das Christentum und die Kirchen haben versagt angesichts der sozialen Frage, die sich mit der aufkommenden industriellen Arbeitswelt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts stellte“, so lautet ein vielfach erhobener Vorwurf.¹ Es bleibt zu prüfen, ob dieses pauschale und nicht nach Ländern und Aufgabenbereichen differenzierende Urteil vor den Tatsachen bestehen kann. Weiter ist zu fragen, wer hier mit Kirche gemeint ist: die sog. Amtskirche oder auch die kirchlich engagierten Einzelchristen oder Gruppen, die mit Bezeichnungen wie Protestantismus bzw. Katholizismus gemeint sind. Für Deutschland kann man jedenfalls darauf hinweisen, dass die erste parlamentarische Rede über die sozialen Aufgaben des Staates angesichts der Industrialisierung die des Professors Franz Josef Buß (1803-1878) in der Zweiten badischen Kammer am 25. April 1837 war² und Buß der katholischen Sozialbewegung zuzurechnen ist. Er war Präsident des ersten deutschen Katholikentages 1848 in Mainz,³ auf dem die soziale Frage als die große Aufgabe der Gegenwart erstmalig aufgegriffen wurde. Angeregt durch Robert v. Mohl und beeindruckt von den Industrieverhältnissen in England forderte Buß 1837 mittels staatlicher Gesetzgebung u.a. Begrenzung der Arbeitszeit, Verbot der Nachtarbeit der Kinder, Schutz der Sonntagsruhe, [267] Gesundheitsaufsicht und Unfallschutz, er forderte weiter Selbsthilfeeinrichtungen wie Hilfskassen für Kranke und Unfallgeschädigte in Kooperation von Arbeitern und Fabrikherren.

Im Gegensatz zu manchen Frühsozialisten, zu französischen Katholiken wie Lamennais und Villeneuve und zu deutschen Sozialromantikern verfiel Buß, wie auch Franz von Baader, nicht einer einseitig-pessimistischen Sicht der Industrialisierung und einer kurzschlüssigen Kapitalismuskritik. Er beurteilte die Industrialisierung als eine notwendige Entwicklung. Er würdigte ihre Vorteile und sah in ihr weniger die Ursache des Pauperismus als die Möglichkeit, diesen zu überwinden. Buß wollte aber die Nachteile der industriellen Entwicklung, wie sie in England zu beobachten und für Deutschland zu befürchten waren, nicht zuletzt durch staatliche Intervention abgestellt bzw. vermieden wissen.

Wenn man im Auge behält, dass in Deutschland 1837 die Industrialisierung erst in den Anfängen stand,⁴ die Schrift von Friedrich Engels „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ erst 1845 geschrieben wurde, das „Kommunistische Manifest“ von 1848 – wenigstens zunächst – ohne Wirkung blieb, das erste Band des „Kapitals“ erst 1867 erschien und man erst seit 1875 von einer marxistischen Arbeiterbewegung in Deutschland sprechen kann, dann beweist die Fabrikrede von Buß aus dem Jahre 1837 eine erstaunliche Voraussicht. Wenn sie auch die badischen Parlamentarier nicht zu gewinnen vermochte und

* Vortrag in der Plenarsitzung der Akademie der Wissenschaften und der Literatur am 29. Juni 1974, Mainz – Wiesbaden 1975.

¹ Jüngst sogar in einer Vorlage der Gemeinsamen Synode der Bistümer der BRD. Vgl. Christliche Diakonie (III) – Kirche und Arbeiterschaft, in: Synode. Amtliche Mitteilungen der Gemeinsamen Synode der Bistümer der BRD 6 (1974) 5-24.

² Text der Rede bei A. Retzbach, Franz Ritter v. Buß, Biographie mit dem Wortlaut der ersten sozialpolitischen Rede in einem deutschen Parlament am 25. April 1837, M.-Gladbach 1928, 48-52. Die Rede wurde 1904 wieder herausgegeben von dem Sozialisten Adolf Geck mit einem Vorwort von August Bebel unter dem Titel: Zur Geschichte der deutschen Fabrikgesetzgebung. Der 1. sozial-politische Versuch in einem deutschen Parlament, Offenburg 1904. Vgl. J. Dorneich: NDB III, 72ff.

³ J. Dorneich, Franz Ritter v. Buß, der Präsident des 1. Mainzer Katholikentages und die Anfänge der katholischen Bewegung in Baden, in: L. Lenhart, Idee, Gestalt und Gestalter des ersten deutschen Katholikentages in Mainz 1848, Mainz 1948, 114-132.

⁴ F. W. Henning, Die Industrialisierung in Deutschland 1800-1914, Paderborn 1973, 202: „Weder die Ereignisse des Jahres 1848 noch das ‚Manifest der Kommunistischen Partei‘ von Karl Marx und Friedrich Engels haben einen entscheidenden Anstoß für die Entwicklung der Arbeitervereinigungen gegeben.“

wenn auch in katholischen Kreisen die Idee einer staatlichen Sozialpolitik zunächst noch im Hintergrund blieb, weil man das Schwergewicht auf die Sozialarbeit der Kirche und deren religiös-sittliche Bemühung legte, so leitete Buß doch eine „auf die moderne Staats- und Wirtschaftsentwicklung sich einstellende katholische Sozialreform“⁵ ein. Seine Rede nahm vorweg, was sich die katholisch-soziale Bewegung in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts erst mühsam erkämpfen musste.

Macht man der Kirche schon nicht volles Versagen gegenüber den sozialen Aufgaben der industriellen Arbeitswelt zum Vorwurf, dann hält man ihr und mit ihr Bischof W. E. v. Ketteler doch vor, sie hätten zu einseitig die caritative Fürsorge im Auge gehabt und das Heil in der Gesinnungsreform gesehen, anstatt in zielstrebigere Sozialreform und Sozialpolitik das Übel an der Wurzel zu fassen und die leidigen Zustände zu ändern. [268] Fritz Vigener formuliert diese Kritik folgendermaßen:

„... die Caritas, die sozialpolitische Bereitschaft weckte, hemmte zugleich die sozialpolitische Erkenntnis: im Banne der kirchlichen Überlieferung und kirchlicher Wünsche wollte man da noch mit den hergebrachten Mitteln der Kirche arbeiten, wo neue Wege und neue Formen gefordert waren. Darum konnte sich auch aus der katholischen Caritas die katholische Sozialpolitik erst unter fremdem Druck und nur langsam lösen.“⁶

Nun kann man es der Kirche und einem Mann wie Ketteler, der immer in erster Linie Priester und Seelsorger sein wollte und deshalb sein Abgeordnetenmandat niederlegte, als unmittelbar kirchlich-relevante Fragen nicht mehr zur Debatte standen, nicht zum Vorwurf machen, dass von ihnen primär die caritativen Aufgaben und die Gesinnungsreform gesehen wurden und diese Aktivitäten auch nicht an Gewicht verloren, als die Sozialreform und Sozialpolitik mehr ins Blickfeld traten.

Mein Thema behandle ich in vier Abschnitten:

1. Ketteler betont die soziale Frage als das Problem und die Aufgabe seiner Zeit.
2. Er sieht ihre Lösung zunächst in der Änderung der Gesinnung durch die christliche Nächstenliebe.
3. Die im Laufe der Jahre als notwendig erkannte Sozialreform möchte er von den Kräften der freien Gesellschaft, nicht zuletzt der Kirche, geleistet wissen.
4. Seit dem Ende der sechziger Jahre sieht er die Notwendigkeit der Sozialpolitik, die den direkten Einsatz der Mittel des Staates erfordert.

1.

Wilhelm Emmanuel von Ketteler ging es 1848, als der Bauernpfarrer von Hopsten Abgeordneter in der Frankfurter Nationalversammlung war, um zwei Grundanliegen: um die wahre Freiheit des Menschen und um die soziale Frage. Zu beiden bedarf es nach ihm der Kräfte des Christentums und der Kirche; denn die politische und soziale Krise ist für Ketteler zutiefst eine religiöse und ethische. In der Rede am Grab der am 18. September 1848 aus politischen Gründen ermordeten Fürsten von Lichnowsky und General von Auerswald – einer Rede, durch die Ketteler in Deutschland bekannt wurde – betonte er in rhetorischem Pathos: „Mit Christus, in der Wahrheit, die er gelehrt, auf dem Wege, den er gewiesen, können wir die Erde zum Paradies machen.... können wir Liebe, Eintracht und Brüderlichkeit, können wir, ja, ich behaupte es aus der tiefsten Überzeugung meiner [269] Seele, selbst Gemeinschaft der Güter und den ewigen Frieden herstellen und zugleich die freiesten sozialen und politischen Institutionen schaffen, ohne ihn werden wir mit Schmach, Schande und Elend zu Grunde gehen, ein Spott und ein Hohn für die Nachwelt.“⁷

⁵ R. Lange, Franz Joseph Ritter v. Buß und die soziale Frage seiner Zeit, Freiburg 1955, 107.

⁶ F. Vigener, Ketteler, ein deutsches Bischofsleben des 19. Jahrhunderts, München – Berlin 1924, 420.

⁷ „Leichenrede, gesprochen am Grabe der am 18. September zu Frankfurt am Main gewaltsam ermordeten und der im Kampf gegen die Aufständischen Gefallenen“, in: W. E. v. Ketteler, Die großen sozialen Fragen

Auf dem Mainzer Katholikentag, dessen Präsident Franz Josef Buß war, pries Ketteler am 4. Oktober 1848 in einer improvisierten Rede die Freiheit: Die Religion habe die Freiheit nicht zu fürchten, sie könne sich über die Freiheit nur freuen. „Aber“, fuhr er fort, „wie die Religion der Freiheit bedarf, so bedarf auch die Freiheit der Religion.“ Eine Prüfung der Lage der Gegenwart zeige: „Wenn das Volk nicht zur Religion zurückkehrt, dann kann es keine Freiheit ertragen. Nur die Kirche, das Christentum, befähigt den Menschen zur vollen Freiheit.“⁸ Nach diesem Bekenntnis zur Freiheit kommt Ketteler unter Anknüpfung an Gedanken seiner Vorredner auf die soziale Frage zu sprechen. Er betont: „Die schwerste Frage, die bei allen gesetzlichen Bestimmungen, bei allen Staatsformen noch nicht gelöst ist, das ist die soziale Frage. Ich kann es mit aller Wahrheit aussprechen: die Schwierigkeit, die Größe, die Dringlichkeit dieser Aufgabe erfüllt mich mit der größten Freude ... Es wird sich zeigen, dass der katholischen Kirche die endliche Lösung der sozialen Frage vorbehalten ist: denn der Staat, mag er Bestimmungen treffen, welche er will, hat dazu nicht die Kraft.“⁹

Mit Hinweis auf die Äußerung eines protestantischen Geistlichen in der Paulskirche meint Ketteler, statt des Kampfes der Konfessionen auf dogmatischem Gebiet könne ein Wettstreit in der Sorge für die sozial Schwachen treten, an der werktätigen Liebe erweise sich ja am eindringlichsten die Wahrheit der Glaubenslehre.

Die Einladung, während der Adventszeit 1848 einen Predigtzyklus im Mainzer Dom zu halten, gab Ketteler die Gelegenheit, in sechs Predigten über „Die großen sozialen Fragen der Gegenwart“¹⁰ seine Ansichten näher darzulegen.

Danach ist die soziale Frage die „wichtigste Frage der Gegenwart“ (5). Sie besteht in der von Tag zu Tag wachsenden massenhaften [270] Verarmung und der tiefen Kluft zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden. Weil die Menschen Gott und sein oberstes Eigentumsrecht über die Güter der Erde nicht mehr anerkennen und sich selbst als ausschließliche Herren ihres Eigentums ansehen, betrachten sie ihr Eigentum „nur als Mittel zur Befriedigung ihrer immer wachsenden Genusssucht; von Gott getrennt, machten sie den Lebensgenuss und die sinnliche Freude zum Ziel ihres Daseins und die Güter zum Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, und so musste sich eine Kluft zwischen Reichen und Armen bilden, wie sie die christliche Welt noch nicht gekannt hat. Während der Reiche in überreizter, raffinierter Sinnlichkeit Unermessliches verschwendet, lässt er arme Mitbrüder in der Entbehrung des Notwendigsten dahinschmachten und entzieht ihnen, was Gott zur Nahrung der Menschen bestimmt hat“ (8).

Es ist bemerkenswert, aber angesichts des Standes der Industrialisierung in Deutschland¹¹ nicht verwunderlich, dass Ketteler offenbar die industrielle Welt noch nicht vor Augen hat; er ist sich etwa der Notwendigkeit der Anhäufung von Kapital als Erwerbseigentum bzw. als Investitionsgut noch gar nicht bewusst. Er hat die bäuerliche Welt und das Kleinhandwerk von Hopsten vor Augen mit deren großen, durch Überbevölkerung und Arbeitsmangel bedingten Armut. Reichtum betrachtet er als Anhäufung von Gütern, die dem lebensnotwendigen Konsum von hungernden Menschen entzogen sind.

der Gegenwart, Mainz ²1878, 110-117, S. 117. W. E. Ketteler, Sämtliche Werke und Briefe, Bd. I 1: Schriften 1848-1866, Mainz 1977, 10-16. (= Ketteler I,1).

⁸ Verhandlungen der 1. Versammlung des katholischen Vereines in Deutschland. Amtlicher Bericht, Mainz 1848, 51; vgl. L. Lenhart, Der Ketteler des Jahres 1848, in: Idee, Gestalt und Gestalter des ersten deutschen Katholikentages in Mainz 1848, Mainz 1948, 195-227, S. 207.

⁹ Verhandlungen der 1. Versammlung, 52.

¹⁰ Mainz 1849. Nach dieser Ausgabe sind die Seiten in Klammern angegeben. Ketteler I 1 (Anm. 7) 22-87.

¹¹ Die Industrialisierung, d.h. der Übergang von der handarbeitsorientierten zur maschinenorientierten Tätigkeit war ein langsamer, von mehreren Faktoren abhängiger Prozess, dessen Beginn in Deutschland verschieden, aber nicht vor Mitte der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts (H. Mottek), meist aber erst um 1850 (W. Whitman, Rostow u.a.) anzusetzen ist. Vgl. F. W. Henning (Anm. 4), 112ff.

Umso unbekümmerter kann er die angesichts der mittelalterlichen Wirtschaft entwickelte Eigentumslehre des Thomas von Aquin¹² als Lehre der Kirche darlegen. Danach hat der Einzelne ein Eigentumsrecht nur in Bezug auf die „Verwaltung der Erdengüter“, aber nicht auf den Genuss der aus der Verwaltung des Eigentums gewonnenen Früchte. „Diese Früchte soll der Mensch ... niemals als sein Eigentum, sondern als Gemeingut aller betrachten, und er soll daher gerne bereit sein, sie anderen in ihrer Not mitzuteilen“ (11). Ist mit dem ersten Grundsatz des Rechtes auf private Verwaltung der Güter der Kommunismus abgelehnt, so mit dem zweiten eine „falsche Lehre vom starren Rechte des Eigentums“, die „eine fortgesetzte Sünde wider die Natur (ist), indem sie kein Unrecht darin sieht, das zur Befriedigung der ungemessensten Habsucht, der ausschweifendsten Sinnenlust zu verwenden, was Gott zur Nahrung und Bekleidung aller Menschen bestimmt hat..., indem sie eine Gefühllosigkeit gegen das [271] Elend der Menschen erzeugt ..., indem sie einen fortgesetzten Diebstahl für Recht erklärt: denn, wie ein heiliger Kirchenvater sagt, ist nicht bloß der ein Dieb, der fremde Güter stiehlt, sondern auch der, der fremde Güter für sich zurückbehält.“¹³ Der berühmte Ausspruch: das Eigentum ist Diebstahl!, ist nicht bloß eine Lüge, er enthält, neben einer großen Lüge, zugleich eine furchtbare Wahrheit. Mit Spott und Hohn wird er nicht mehr beseitigt. Wir müssen die Wahrheit an ihm vernichten, damit er wieder ganz zur Lüge werde“ (12). Ketteler betont so mit bemerkenswerter Schärfe die Sozialverpflichtung des Eigentums. Freilich wird nicht deutlich, ob es dabei um eine Pflicht der sozialen Gerechtigkeit oder um eine der Nächstenliebe geht. Letzteres behauptet eine beschwichtigende Anmerkung des Herausgebers der Predigten. Diesem scheinen die folgenden Predigten Recht zu geben. Sie betonen zwar auch die soziale Frage als den Schlüssel zum Verständnis der Situation – „wer sie begreift, der erkennt die Gegenwart, wer sie nicht begreift, dem ist die Gegenwart und Zukunft ein Rätsel“ (17) – führen sie aber auf theologische und anthropologische Grundsatzfragen wie Sünde, Autorität, Ehe und Familie zurück. Das durch die Sünde gestörte Verhältnis zu Gott und der Abfall vom Christentum sind die Ursachen des sozialen Elends.

Dazu einige Zitate: „Der Unglaube erscheint mir als die einzige Quelle des ganzen Verderbens, der Glaube an Christus in der katholischen Kirche als das einzige Mittel der Heilung“ (77).

„Solange das Christentum die Menschen trug ... (war) eine solche Trennung zwischen Arm und Reich undenkbar“ (22).

„Der Abfall vom Christentum ist der Grund unseres Verderbens, ohne diese Erkenntnis gibt es keine Rettung... die Rückkehr zum Christentum (kann) uns nur helfen“ (24).

So liegt „nicht in der äußeren Not... unser soziales Elend, sondern in der inneren Gesinnung“ (26), weil hier die Quelle des Übels ist. Entsprechend fürchtet Ketteler „nicht die sozialen Übel ... (er fürchtet) nur die Gottlosigkeit, die Ungläubigkeit, die Unchristlichkeit“ (34). „Um die sozialen Übel zu heilen, genügt es (deshalb) nicht, dass wir einige Arme mehr speisen und kleiden und dem Armenvorstande einige Taler Geld mehr durch unsere Dienstboten zusenden, das ist nur der aller kleinste Teil unserer Aufgabe“ (30).

Denn „gerade wie bei dem Reichen, so ruht auch bei dem Armen die Quelle der sozialen Übel in der Gesinnung“. Deshalb gilt es auch vor allem, „die geistige Armut der leiblich Armen“ (30) zu beheben.

¹² S. th. II-II q. 66 a.1.2: Die deutsche Thomasausgabe, Bd 18: Recht und Gerechtigkeit, Heidelberg – Salzburg 1953, 193-199.

¹³ Thomas v. Aquin zitiert S. th. II-II q.66 a.3 Ambrosius: „Auch ist es kein kleineres Verbrechen, dem Besitzenden etwas zu nehmen, als – so du kannst und im Überfluss besitzest – dem Bedürftigen etwas zu verweigern.“ Diese Stelle ist aus einer in der Übersetzung des Rufinus überlieferten Homilie des Basilius (PG 31, 1752). Sie wird im *Decretum Gratiani* (Friedberg I, 172) Ambrosius zugeschrieben.

[272] 2.

Es ist also eine Gesinnungsänderung in allen sozialen Schichten gefordert. Gesinnungsänderung bedeutet für Ketteler Realisierung der Nächstenliebe. „Meine christlichen Brüder, lasset uns einen Tag diese Lehre befolgen, und alle sozialen Übel sind wie mit einem Zauberschlag verschwunden“ (28). „Aus dieser Quelle (der Nächstenliebe) wird endlich die gesamte Menschheit wieder Lebens- und Liebes- und Heilskraft schöpfen, wenn sie erkannt hat, dass kein anderes Heil uns gegeben ist als in Jesus Christus“ (34).

Ketteler selbst sollte es in den nächsten Jahren aufgehen, dass er die Situation zu sehr vereinfachte, wenn er meinte, mit der Übung der Nächstenliebe sei schon die Lösung der sozialen Frage gegeben. Das schließt aber nicht aus, dass gerade zu Beginn der Industrialisierung sich große fürsorgliche Aufgaben stellten, Aufgaben, für die der Staat und die Gesellschaft nicht gerüstet waren und die in besonderer Weise die caritativen Kräfte der Kirche anforderten. Aufgaben, die bisher die mehrere Generationen umfassende bäuerliche oder handwerkliche Großfamilie weitgehend wahrgenommen hatte, mussten nun von der Gesellschaft übernommen werden – Aufgaben wie Krankenpflege, Alters- und Invalidenversorgung, Betreuung der Kleinkinder arbeitender Eltern. Der Mensch verließ das Haus und den Verband der Familie, um in die Stadt zu ziehen und in der Fabrik Arbeit zu finden. Da galt es u.a., in Lehrlings-, Gesellen- und Mädchenheimen die Jugend vor Verwahrlosung zu schützen. Niemand wird leugnen können, dass die Kirchen und ihre Gemeinschaften hier bahnbrechend waren und wahre Pionierarbeit geleistet haben. Die männlichen, vor allem aber die weiblichen Ordensgenossenschaften ohne strenge Klausur und ohne feierliche Gelübde, die im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts in großer Zahl gegründet wurden, engagierten sich hier auf vorbildliche Weise.

Ketteler, der schon als Kaplan in Beckum sich erfolgreich für den Bau eines Krankenhauses eingesetzt hatte, als Pfarrer in Hopsten die Gründung des St.-Anna-Hospitals geplant und vorbereitet und als Propst von St. Hedwig in Berlin für einen großzügigen Neubau des dortigen Krankenhauses unter Leitung von Barmherzigen Schwestern gesorgt hatte, fand als Bischof der Diözese Mainz kaum caritative Einrichtungen vor. Noch 1847 hatte sein Vorgänger geklagt: „In unsere Mainzer Diözese befindet sich kein Kloster mehr.“¹⁴ Es gelang dann, Barmherzige Schwestern nach Mainz zu holen, denen 1852 die Verwaltung des städtischen Krankenhauses übertragen wurde und [273] die im Frühjahr 1855 die Erziehung der Waisenmädchen und das Invalidenhaus übernahmen. In denselben Jahren gründeten die Borromäerinnen in Bingen und die Barmherzigen Schwestern in Bensheim eine Niederlassung. Die Schwestern vom Guten Hirten eröffneten in Mainz ein Rettungshaus für Frauen und die Aachener Franziskanerinnen eine Station für ambulante Krankenpflege. In jedem Fall hatte Bischof Ketteler zunächst Vorurteile und Widerstände der staatlichen Behörden zu überwinden.

Für die Übernahme des Schulunterrichts und der Krankenpflege auf dem Lande regte Ketteler die Gründung einer eigenen Kongregation von „Schwestern der göttlichen Vorsehung“, der sog. „Finthener Schulschwestern“¹⁵ an, denen er in den Anfangsschwierigkeiten mit Rat und materiellen Mitteln wirksam zur Seite stand. Ketteler errichtete mehrere Erziehungsheime für arme Kinder, die hier nicht nur betreut wurden, sondern denen durch eine Berufsausbildung auch eine Zukunft eröffnet werden sollte. Besondere Aufmerksamkeit widmete er den weiblichen Dienstboten, besonders den stellenlosen und arbeitsunfähigen. Schon 1853 griff er das bis heute brennende Problem der Resozialisierung entlassener Strafgefangener¹⁶ auf. Wirksam förderte er die Gesellenvereine. Mit Adolf Kolping war er der Meinung, dass diese keine kirchlichen Vereine im engen kanonischen Sinn werden durften, sondern Verbände im freien gesellschaftlichen Raum, die

¹⁴ O. Pfülf, Bischof von Ketteler (1811-1877), Mainz 1899, I, 281.

¹⁵ K. Ph. Preller, 100 Jahre Mainzer Schwestern von der göttlichen Vorsehung (1851-1951), Mainz 1951.

¹⁶ Pfülf II, 173f.

über das Religiöse hinaus sich auch beruflicher und standespolitischer Aufgaben annehmen konnten.¹⁷

3.

Die caritative Fürsorge, die eine wichtige Aufgabe war und es bis heute ist, drängte bei Ketteler im Laufe der Jahre immer stärker über sich hinaus zu sozialreformerischer Aktivität. Auch bei ihm ist die in den sechziger Jahren allgemein sich vollziehende Verlagerung der Arbeiterfrage von der religiös-sittlichen und caritativen auf die gesellschaftspolitische Ebene festzustellen. Dabei war er zunächst noch ein dezidiertem Gegner des Prinzips der Staatshilfe. Weiter blieb er bei der in der katholischen Sozialbewegung üblichen Ablehnung des Kapitalismus und des liberalistischen Wirtschaftssystems.

Der Katholikentag in Frankfurt 1863 brachte eine neue Hinwendung zur sozialen Frage, die hier speziell als Arbeiterfrage behandelt [274] wurde.¹⁸ Präsident war Wilderich von Ketteler, der Bruder des Bischofs. Der Mainzer Domkapitular und spätere Generalvikar Heinrich setzte einen Antrag durch, wonach den Katholiken dringend das Studium der sozialen Frage als der großen Zeitfrage anbefohlen wurde. Inzwischen waren die u.a. von Schulze-Delitzsch gegründeten liberalen Arbeiterbildungsvereine aktiv geworden. Schulze-Delitzsch selbst hatte von Januar bis April 1863 in Berlin sechs unter dem Titel „Capitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus“¹⁹ veröffentlichte Vorträge gehalten, in denen er zur Lösung der sozialen Frage die Bildung von Produktionsgenossenschaften oder Assoziationen forderte. Sie sollten auf den Prinzipien der Selbstverantwortlichkeit, Selbsthilfe und Freiheit beruhen. Gegen Schulze-Delitzsch trat im Mai desselben Jahres der Breslauer Ferdinand Lassalle auf. Seine als „Arbeiterlesebuch“²⁰ veröffentlichten Reden griffen die liberale Wirtschaftsform scharf an und schlugen angesichts der elenden Lage des Arbeiters im Zeichen des „Ehernen Lohngesetzes“ die Bildung von Produktivassoziationen vor, die durch staatliche Kredite finanziert werden sollten. Am 20. Mai 1863 hatte Lassalle mit großem Erfolg auch vor Mainzer Arbeitern geredet. Zur Gründung des „Allgemeinen deutschen Arbeitsvereins“ in Leipzig am 23. Mai waren auch Vertreter katholischer Arbeiter erschienen. Mit Ketteler waren eine Reihe führender Katholiken stark eingenommen für Lassalle wegen seiner Kritik am Liberalismus, seiner Betonung des „Ehernen Lohngesetzes“ und seiner Idee der Produktivassoziationen. Auf dem Frankfurter Katholikentag von 1863 schien sich in Gestalt der in klösterlichem Geist geleiteten Genossenschaftsbetriebe („Klosterfabriken“), über die der Kapuzinerpater Theodosius Florentini aus der Schweiz berichtete,²¹ eine dritte Möglichkeit zwischen Delitzsch und Lassalle aufzutun. All das veranlasste Bischof Ketteler, sich erneut eingehend mit der [275] sozialen Frage zu befassen. Als Frucht dieser Studien erschien 1864 das Buch „Die Arbeiterfrage und das Christentum“.²²

¹⁷ Vgl. W. E. v. Ketteler, Sozialcaritative Fürsorge der Kirche für die Arbeiterschaft (1869), in: J. Mumbauer (Hg.), W. E. v. Kettelers Schriften, München 1924, III, 165. Ketteler I 1 (Anm. 7) 450.

¹⁸ E. Filthaut, Deutsche Katholikentage 1848-1958 und soziale Frage, Essen 1960, 40f.

¹⁹ H. Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden, hg. v. Fr. Thorwwart, Bd 2, Berlin 1910, 26-173.

²⁰ Buchausgabe der Frankfurter Vorträge vom 17. und 19. Mai: F. Lassalle, Gesammelte Reden und Schriften, hg. und eingeleitet von E. Bernstein, 12 Bde, Berlin 1919-20, III, 169-332.

²¹ Verhandlungen der fünfzehnten Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands zu Frankfurt am Main 1863, Frankfurt 1863, 259-269; vgl. F. J. Stgmann, Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus, in: H. Grebing (Hg.), Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland, München 1969, 425-560, S. 353.356-59. Die Rede hatte ihren rhetorischen Höhepunkt in dem Satz: Ich bin nämlich, meine Herren, der Ansicht, man hat am Anfange dieses Jahrhunderts eine ungeheuere Masse von Klöstern aufgehoben, als etwas Unnützes..., so werden neue Klöster in anderer Form wieder erstehen; es müssen die Fabriken zu Klöstern werden!“ (Verhandlungen, 266).

²² Mainz 1864. Nach dieser Ausgabe sind die Seiten in Klammern angegeben. Die Schrift erlebte 1864 noch zwei weitere Auflagen. Eine vierte erschien in Mainz 1890 ohne den statistischen Anhang mit Kettelers Rede vom 25. Juli 1869 auf der Liebfrauenheide bei Offenbach und einer Einleitung von Ludwig Windthorst.

Zweck dieser Schrift ist es zu zeigen, „dass nur das Christentum die Mittel bietet, um die Verhältnisse des Arbeiterstandes mit Erfolg zu bessern“ (149). „Nur Jesus Christus kann auch in Zukunft dem Arbeiterstande helfen. Wenn der Glaube an ihn und seinen Geist die Welt durchdringt, dann ist die Arbeiterfrage gelöst“ (159).

Doch so sehr „das Christentum mit seinem schöpferischen Geiste alle großen Fragen gelöst“ hat (100), so sehr es das wahre Lebensprinzip der Gesellschaft (136) ist, so wenig können „das Christentum und die Kirche auf die sozialen Verhältnisse ... unmittelbar und durch äußere, mehr oder weniger mechanische Mittel und Einrichtungen (einwirken), sondern zunächst und vorzüglich durch den Geist..., den es den Menschen einflößt. So hat es auch die alte Sklaverei lediglich dadurch abgeschafft, dass es den Menschen seine göttlichen Ideen und den Geist der Liebe mitteilte“ (104).

Mit der notwendigen Gesinnungsreform, d.h. der Rückkehr zum Christentum und zur tätigen Nächstenliebe, ist für Ketteler also noch nicht unmittelbar ein sozialpolitisches Programm gegeben, aber man wird „in dem Masse, als die göttlichen Wahrheiten des Christentums wieder die Geister erleuchten, ... auch auf dem Gebiete der Volkswirtschaft und dem ihm so nahe verbundenen der Politik die richtigen Prinzipien und die rechte Weise der Durchführung, man wird mit der göttlichen auch die wahre politische und soziale Weisheit wiederfinden“ (105).

Dem stark vom Organismusgedanken bestimmten Kirchenbild Kettelers in der Schule Johann Adam Möhlers entspricht eine ähnlich organologische Auffassung vom Staat bzw. der Gesellschaft. Gegen die individualistische Gesellschaftslehre des Liberalismus, der die gewachsenen Gemeinschaften aufgelöst habe und nur mechanische Anhäufungen von Menschen kenne – Ketteler spricht von „Pulverisierungsmethode“, von einer „chemischen Auflösung des ganzen Menschengeschlechts in Individuen, in gleichmäßige Staubteile“, die „dann der Wind... über die ganze Erde, bald so, bald so, verteilen kann“ (35) –, gegen die individualistische Gesellschaftslehre des Liberalismus stellt Ketteler mit Staatslehrern wie Karl Ludwig Haller, Adam Müller und Friedrich Julius Stahl und Theologen wie Friedrich Pilgram eine organische Gesellschaftslehre auf. Dabei überträgt er das Leib-Seele-Prinzip auf die Beziehungen zwischen Kirche und Gesellschaft.²³ [276] Von hierher hat er eine besondere Vorliebe für Assoziationen und Genossenschaften als Beitrag zur Lösung der Arbeiterfrage. Wo Menschen zu einer gesellschaftlichen Vereinigung zusammentreten und „im Geiste des Christentums sich vereinigen, da besteht unter ihnen bewusst oder unbewusst ... ein anderes hohes, hehres Band, das wie eine leuchtende und erwärmende Sonne sein Licht über alle Mitglieder ausströmt“ (135). Aus diesem Lebensprinzip wachsen die gesellschaftlichen Ordnungen wie von selbst hervor, und zwar organisch und nicht rationalistisch geplant und machbar, bzw. es wird die aus irdischen Zwecken heraus entstandene „bloße Genossenschaft zu einer inneren lebendigen Körperschaft umgestaltet..., (nimmt) jegliche Verbindung bald eine innerlich lebendige, moralische, geistige Zusammengehörigkeit und corporative Gestaltung an“ (134f.).

Aus diesem Optimismus der integrierenden Kraft des Christentums kann Ketteler von anderen entwickelte Vorstellungen und Lösungsvorschläge übernehmen. Das gilt in Bezug auf die Schrift „Die Arbeiterfrage und das Christentum“ von Lassalle, dessen Lehre vom „Ehernen Lohngesetz“ und Idee der Gründung von Produktiv-Assoziationen, in denen dem Arbeiter erstens der Arbeitslohn und zweitens ein Anteil vom Kapitalgewinn zufiele, er sich zu eigen macht.²⁴

²³ Vgl. A. Langner, Grundlagen des sozialetischen Denkens bei W. E. v. Ketteler, in: Ders. (Hg.), Theologie und Sozialethik im Spannungsfeld der Gesellschaft. Untersuchungen zur Ideengeschichte des deutschen Katholizismus im 19. Jahrhundert, München – Paderborn – Wien 1974, 61-112, S. 76.

²⁴ Nach einem Brief der Gräfin Sophie v. Hatzfeldt an Lassalle vom 16. August 1864 soll Ketteler ihr gegenüber über Lassalle u.a. geäußert haben: „Ich nehme ein lebhaftes Interesse an Lassalle, an seinem ernstesten und wahren wissenschaftlichen Streben, ich habe sehr viel von ihm gelernt, ich billige seine sozialen Bestrebungen, sein Wirken durchaus.“ Allerdings glaube er, Ketteler, nicht an die Realisierung seiner Ideen,

In dieser Frage hatte sich Ketteler, ohne seinen Namen zu nennen, Januar 1864 mit der Bitte um sachverständigen Rat an Lassalle²⁵ gewandt und, als ihm dessen Antwort nicht genügte, ebenfalls an den Mitbegründer der evangelisch-sozialen Bewegung, Victor Aimé Huber.²⁶

Aus Lassalles Schriften übernimmt Ketteler in der Schrift „Die Arbeiterfrage und das Christentum“ weitgehend die Analyse und die Kritik der Lage des Arbeiterstandes. Er beginnt: „Die sog. Arbeiterfrage ist in ihrem Wesen Arbeiterernährungsfrage“, „sie ist die Ernährungsfrage [277] für den weitaus größeren Teil aller Menschen“ (10). „Die Wahrheit dieses Satzes (nämlich, dass der Arbeitslohn sich nach dem Existenzminimum bestimmt) ist durch die bekannten Kontroversen zwischen Lassalle und seinen Gegnern so evident gemacht, dass nur die Absicht, das Volk zu täuschen, sie bestreiten kann“ (17). Das Lassalle'sche „Ehrene Lohngesetz“ entwickelt Ketteler wie folgt weiter: Der Arbeiterstand „ist angewiesen auf den Arbeitslohn; dieser Arbeitslohn ist eine Ware; ihr Preis bestimmt sich täglich durch Angebot und Nachfrage; die Achse, um die er sich bewegt, ist die Lebensnotdurft; ist die Nachfrage grösser als das Angebot, so steigt er etwas über diese Achse, ist das Angebot grösser als die Nachfrage, so fällt er unter sie herab... Bei dieser ganz mechanisch-mathematischen Bewegung (kann) der Fall nicht ausbleiben, dass zuweilen selbst die äußerste Notdurft nicht mehr durch den Preis der Arbeit gedeckt werden kann und dass ein Hinsiechen ganzer Arbeiterklassen und Arbeiterfamilien, ein langsames Verhungern derselben, eintritt“ (18).

Aus diesem Zustand gibt es kein Entrinnen. Das Lohneinkommen kann kaum die physische Existenz erhalten und fortpflanzen. Der Arbeiter hat keine Möglichkeit, aus dieser Situation herauszukommen. Konsumvereine sind nur eine vorübergehende Besserung der Lebenshaltung. Die von den Liberalen „vielgepriesene Selbsthilfe“ reicht nicht aus; im Zusammenhang mit ihrer Diffamierung der christlichen Caritas führt für Ketteler das „bis zum Ekel wiederkehrende Gerede von der Macht der Selbsthilfe“ (37f.) zu einer Schädigung des Arbeiterstandes.

Die Arbeiterbildungsvereine bringen für die Masse der Arbeiter nichts, da diese ja noch um die Lebensnotdurft im engen Sinne bangen müssen: wenn Kinder wegen Fabrikarbeit vielfach die Elementarschule nicht besuchen können, heißt das Reden von Arbeiterbildung, „einen wahren Humbug mit dem Arbeiterstande treiben“ (46).

Den Ausweg aus der Not des Arbeiterstandes, das einzige Mittel, das ehrene, grausame Gesetz zu brechen, sieht Ketteler mit Lassalle in der Errichtung von Produktiv-Assoziationen. Diese bedeuten die Anwendung des Genossenschaftsprinzips auf die industrielle Großproduktion und machen den Arbeiter selbst zum Unternehmer. Er schreibt: „... wenn man daher ein an sich gerechtes Mittel auffinden könnte, wodurch dem Arbeiter von dem Geschäftsgewinn ein entsprechender Anteil zufiele, so dass die Basis einer materiellen Existenz dann erstens der Arbeitslohn, der ihm die Notdurft des Lebens gewährt, und zweitens dieser Anteil am Geschäftsgewinn wäre, der ihm über die strenge Notdurft noch andere Existenzmittel zur größeren Annehmlichkeit des Lebens darreichte, so wäre in der Tat die Verteilung des Gewinns billiger und die Lage des Arbeiters [278] wesentlich verbessert“ (64f.). Der Arbeiter, der zugleich Miteigentümer des Fabrikgeschäfts wäre, hätte dann seinen Tageslohn und später seine Dividende am Gewinn des ganzen Geschäfts. „Da aber die Teilnahme am Geschäft selbst nur durch das Kapital erkaufte werden kann, so liegt eben die

weil kein mit noch so eminenten Fähigkeiten vertretenes Prinzip stichhalte, „wenn es der allein *unwandelbaren* Basis der Religion entbehre“: F. Lassalle, *Nachgelassene Briefe und Schriften*, hg. v. G. Mayer, IV, Stuttgart – Berlin 1924, 388.

²⁵ Pfülf II, 183f.; K. Thomaner, W. E. von Kettelers Produktivassoziationen, Diss. phil. Berlin 1961, 34f.; H. Oncken, Lassalle. Zwischen Marx und Bismarck, Stuttgart ³1966, 361ff.; 366.

²⁶ K. Thomanek, 60f.; I. Paulsen, Victor Aimé Huber als Sozialpolitiker, Berlin ²1956.

ganze Schwierigkeit darin, dem armen Arbeiter mit seinen leeren Händen zu diesem Kapital und dadurch zum Miteigentum zu verhelfen“ (65).

Nach Lassalle sollten die notwendigen Kapitalien durch Staatskredite, d.h. durch die Besteuerung der Besitzenden, beschafft werden. Ketteler lehnt diesen Weg ab, weil er „über die von Gott gesetzten rechtmäßigen Grenzen der Tätigkeit der staatlichen Gesetzgebung hinausgeht und in ein Gebiet eingreift, wo die Staatsgewalt kein Recht mehr hat“ (73). Der Eigentümer könne zwar gezwungen werden, „auf dem Wege der Besteuerung die allgemeinen Gemeindesteuern und Staatslasten zu tragen..., aber nicht ... dem Mitmenschen zur Verbesserung seiner materiellen Lage (über dessen Lebensnotdurft hinaus) sein Eigentum abzutreten“ (79). Hier bestehe keine Zwangspflicht der bürgerlichen Gerechtigkeit, sondern nur eine Pflicht der christlichen Nächstenliebe.

Die Möglichkeit des Gesetzgebers, zwar nicht auf Grund der Verkehrsgerechtigkeit, wohl aber auf Grund der sozialen oder Gemeinwohlgerechtigkeit die Eigentumsverhältnisse nach den Erfordernissen des Gemeinwohls zu beeinflussen, wie es etwa in unseren Tagen im Lastenausgleich versucht worden ist,²⁷ sah Ketteler demnach noch nicht. Neben der Rechtmäßigkeit stellt Ketteler auch die Zweckmäßigkeit der Staatsfinanzierung in Frage. Denn die Staatshilfe könne nicht gleichzeitig allen Arbeitern zur Einrichtung von Produktivassoziationen gewährt werden. Die nicht zu vermeidende Tatsache, dass viele auf lange Zeit von der Wohltat dieser Subsidien ausgeschlossen bleiben müssten (85f.), würde zu Unzufriedenheit und Unruhe führen. Hier wird deutlich, dass Ketteler sich für die Produktivgenossenschaften keine schnelle und allgemeine Realisierung versprach (140); er hoffte aber, dass von privater Seite die nötigen Mittel zusammengebracht werden könnten, um wenigstens einem Teil der Arbeiter auf diesem Weg zu helfen. Die harte Wirklichkeit belehrte ihn jedoch eines anderen.

Das gilt auch von Lujo Brentano (1844-1931), der in dieser Frage mit Bischof Ketteler korrespondierte. Er übersandte von England aus, wo er „das langsame Fortschreiten der Produktivgenossenschaften und der industriellen Partnerschaften auch in diesem Lande“ festgestellt hatte, mit Brief vom 7. 11. 1868 Bischof Ketteler eine Denkschrift [279] mit dem Titel „Vorschlag zur Gründung der ersten Gesellschaft zur Errichtung und Unterstützung von Produktivassoziationen und industriellen Partnerschaften“.²⁸ In dem Brief teilt er trotz anfänglicher Skepsis die Ansicht des Bischofs, „dass von den Mitgliedern der katholischen Kirche, die in früheren Jahrhunderten für die Verbesserung der materiellen Lage der arbeitenden Klassen so Großes geleistet hat, mit Recht auch heute noch eine großartige wirksame Betätigung ihrer Nächstenliebe erwartet werden könne“.

Brentano wünscht von Herzen, „dass die Katholiken in dieser Frage nicht bloß anderen Parteien die Schleppe tragen und als einseitige Nachbeter erscheinen mögen“; er sieht in dem Buch des Bischofs „Die Arbeiterfrage und das Christentum“ den ersten Schritt von Bedeutung, „die Katholiken in dieser Frage selbständig zu machen“, und legt deshalb Ketteler seinen Vorschlag „als den ersten praktischen von größerer Bedeutung in dieser Richtung“, den er „von katholischer Seite zuerst ausgeführt sehen möchte“, vor.

Derselbe Brentano schrieb dagegen am 3. März 1871 an Ketteler,²⁹ seine Ansichten über die Zukunft der Arbeiterbewegung hätten sich verändert. „Ich habe meinen früheren großen Glauben an Produktivgenossenschaften und teilweise auch an industrielle Partnerschaften verloren und glaube nicht, dass sie je anders als sporadisch gedeihen werden.“

Seine wirtschaftsgeschichtlichen und sozialpolitischen Studien in England hatten Brentano die Rolle der Gewerkschaften entdecken lassen und ihm geholfen, seine sozialromantischen Vorstellungen zu überwinden. Den ersten Band des Werkes „Die Arbeitergilden der

²⁷ J. Höffner, W. E. Ketteler und die katholische Sozialbewegung im 19. Jahrhundert, Wiesbaden 1962, 27.

²⁸ Denkschrift (15 Seiten) und Brief (4 Seiten) im Dom und Diözesanarchiv Mainz: DDAM Z. 3 Schr. C Abt. 8 N 3,2; zu Brentano vgl. Staatslexikon II, ⁶1958, 171ff.

²⁹ DDAM Z. 3 Schr. C Abt. 7 N 1, I, 11.

Gegenwart“, in dem er die Bedeutung der Gewerkvereine darlegte, übersandte er Bischof Ketteler.

Auch dieser war inzwischen ernüchtert und enttäuscht, wenn er auch seine hohe Meinung von den Produktivassoziationen als solchen nicht aufgab. Noch in der nicht mehr ausgeführten Skizze aus seinem Todesjahr 1877 mit dem Thema: „Kann ein katholischer Arbeiter Mitglied der sozialistischen Arbeiterpartei sein?“ meint er, die „Produktiv- und Partner-Genossenschaften“ hätten gewiss ihren Wert; die Erfolge seien jedoch „leider bisher nur gering“, und „selbst wenn die Erfolge besser wären, so würden sie nur einem kleinen Teil der Arbeiter helfen können“.²⁸

4.

Die Erkenntnis und Erfahrung, dass wirtschaftliche Unternehmungen auf einer anderen Basis als der geschäftlicher Tüchtigkeit und [280] technischen Sachverstandes Wunschträume bleiben mussten, ließen Ketteler immer entschiedener den Weg der Sozialpolitik gehen, das hieß für ihn u.a. gewerkschaftlicher Zusammenschluss der Arbeiter und Einschaltung der staatlichen Gesetzgebung zur Ordnung und Humanisierung der industriellen Arbeitswelt. Damit wies Ketteler auch den Weg von einer systemändernden Sozialreform zu einer auf Einzelmaßnahmen gerichteten Sozialpolitik bei prinzipieller Anerkennung der modernen kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.²⁹ Nicht durch eine romantische Verteufelung von Industrie und Kapitalismus war dem Arbeiter zu helfen. Das kapitalistische System war hinzunehmen, und bei kritischer, aber ideologiefreier Betrachtung waren seine Möglichkeiten zu nutzen. Nicht gegen, sondern innerhalb dieses Systems hatte nach Ketteler fortan der Katholizismus an der Gestaltung der sozialen Welt mitzuarbeiten. Seit seiner Predigt zum Stiftungsfest des Mainzer Gesellenvereins im November 1865 wird Ketteler nicht müde, auf die Notwendigkeit des organisatorischen Zusammenschlusses der Arbeiter und die Einschaltung des Staates hinzuweisen. In der nur in einer Nachschrift erhaltenen Predigt soll der Bischof gesagt haben:

„Auch Religion und Sittlichkeit allein reichen nicht aus, um die Arbeiterfrage zu lösen. Gewiss, der Staat muss mithelfen, die Kirche muss helfen, die Gemeinde – alles muss die Hand reichen, den Stand vor dem Verderben zu schützen, vor dem der Zahl nach alle anderen Stände zusammengenommen beinahe verschwinden ... Wenn der Staat sich verpflichtet hält, große und wichtige Unternehmungen durch Staatshilfe zu unterstützen und zu fördern, dann darf er sich auch der Unterstützung des Arbeiterstandes nicht entziehen.“³⁰

Nach gleichzeitigen handschriftlichen Skizzen Kettelers hat die Kirche die sittliche Grundlage zu geben und den Geist der Liebe anzuregen, der Staat dagegen soll Gesetze erlassen zur Erleichterung der Organisation, zum Schutze der Arbeit, über Arbeitszeit und -lohn; ihm obliegt die Aufsicht durch Fabrikinspektoren (ebd.). In seiner als „*Magna Charta* der christlichen Arbeiterbewegung“³¹ bezeichneten Rede am 25. Juli 1869 auf der Liebfrauenheide bei Offenbach, die unter dem Titel „Die Arbeiterbewegung und ihr Streben im Verhältnis zu Religion und Sittlichkeit“ weite Verbreitung fand, bejaht, ja [281] fordert Ketteler den Zusammenschluss der Arbeiter in Organisationen nach dem Beispiel der englischen Gewerkvereine (Trade Unions). Diese sollten den Forderungen der Arbeiter

²⁸ Denkschrift (15 Seiten) und Brief (4 Seiten) im Dom und Diözesanarchiv Mainz: DDAM Z. 3 Schr. C Abt. 8 N 3,2; zu Brentano vgl. Staatslexikon II, ⁶1958, 171ff.

²⁹ DDAM Z. 3 Schr. C Abt. 7 N 1, I, 11.

³⁰ Pfülf III, 299.

³¹ K. Brüls, Geschichte der katholischen sozialen Bewegung in Deutschland, Münster 1958, 26; F. J. Stegmann, Von der ständischen Sozialreform zur staatlichen Sozialpolitik. Der Beitrag der Hist.-Pol. Blätter zur Lösung der sozialen Frage, München 1965, 158; Ders., Geschichte der sozialen Ideen (Anm. 21), 383; Cl. Bauer, Wandlungen der sozialpolitischen Ideenwelt im deutschen Katholizismus des 19. Jahrhunderts, in: Die soziale Frage und der Katholizismus. Festschrift zum 40jährigen Jubiläum der Enzyklika *Rerum Novarum*, Paderborn 1931, 11-46.

Nachdruck verleihen und, wenn nötig, mit Hilfe von Streiks durchsetzen. Berechtigte Forderungen sind:

1. Erhöhung des Arbeitslohns. Er findet seine natürliche Grenze an der Rentabilität des Geschäftes. Diese Lohnkämpfe dürfen aber nicht zu anderen Zwecken missbraucht werden. „Nicht der Kampf zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter muss das Ziel sein, sondern ein rechtmäßiger Friede zwischen beiden“ (III, 194).
2. Verkürzung der Arbeitszeit.
3. Gewährung von Ruhetagen, eine durch das Gesetz Gottes geheiligte Forderung.
4. Verbot der Fabrikarbeit von Kindern – leider ein noch nicht allgemeines Begehren der Arbeiter selbst, da viele des Erwerbs wegen ihre Kinder in die Fabriken schicken. „Ich halte die Fabrikarbeit der Kinder für eine entsetzliche Grausamkeit unserer Zeit, die der Zeitgeist und der Eigennutz der Eltern an den Kindern begehrt“ (III, 201).
5. Abschaffung der Fabrikarbeit von Müttern und
6. auch von jungen Mädchen zum Schutz der Familie und der Sittlichkeit.

Neben diesen durch Arbeitskampf und gesetzliche Maßnahmen durchzusetzenden Forderungen werden andere Einrichtungen zur Hebung des Arbeiterstandes, wie Spar- und Konsumvereine, Partnerschaft, Gewinnbeteiligung und Miteigentum von Ketteler nur kurz genannt.

In dieselbe Richtung ging das am Tag nach der Offenbacher Rede abgeschlossene Gutachten, das Ketteler im September 1869 der Fuldaer Bischofskonferenz vorlegte.³² Danach ist, wie Ketteler wiederholt, die „soziale Frage das schwierigste und wichtigste Problem der Gegenwart“ (145).

Die Kirche hat die Pflicht, zu helfen, denn „die soziale Frage ist mit ihrem Lehr- und Hirtenamt unzertrennlich verbunden“ (151); gilt es doch, die Arbeiter „aus einer, der *occasio proxima peccandi* (der nächsten Gelegenheit, zu sündigen) analogen Lage, in der sie sich befinden oder in die sie zu geraten drohen und welche ihnen die Erfüllung ihrer Christenpflichten moralisch unmöglich macht, mit aller Kraft zu befreien“ (153).

„Für die Gnaden des Christentums, so lange sie nur auf dem Wege der gewöhnlichen Pastoration geboten werden, ist eine solche Arbeiterbevölkerung im großen und ganzen vollkommen unempfänglich [282] und unzugänglich. Es müssen zuerst Einrichtungen zur Humanisierung dieser verwilderten Massen geschaffen werden, bevor man an deren Christianisierung denken kann“ (148). Sonst wird der Arbeiter der Kirche zurufen: „Was helfen mir eure guten Lehren und eure Vertröstungen auf eine andere Welt, wenn ihr mich in dieser Welt mit Weib und Kind in Hunger und Not darben lasst. Ihr sucht nicht mein Wohl, ihr sucht etwas anderes“ (153).

Ketteler betont wiederholt: es geht nicht darum, „das moderne Industriesystem in naher Zukunft durch ein anderes, besseres“ zu ersetzen. Auch in Deutschland muss wie in England „die Zentralisation des Kapitals, der fabrikmäßige Großbetrieb, auf allen Gebieten mehr und mehr voranschreiten..., und keine irdische Macht ist imstande, dieser Entwicklung der Dinge Einhalt zu tun“ (149).

Es „steht fest, dass keine Macht der Welt die Fortentwicklung der modernen Volkswirtschaft, das Umsichgreifen der zentralisierten Massenproduktion, zu hindern vermag...

Da also das ganze System nicht umzustößen ist, so kommt es darauf an, es zu mildern, für alle einzelnen schlimmen Folgen desselben die entsprechenden Heilmittel zu suchen und auch die Arbeiter, soweit möglich, an dem, was an dem System gut ist, an dessen Segnungen Anteil nehmen zu lassen“ (154).

Ketteler unterscheidet Aufgaben, die die Kirche selbst übernehmen kann, d.h. die fürsorglicherisch-caritativen, und solche, die zu schaffen nicht ihre Sache ist; „wohl aber kann sie dieselben durch wohlwollende Teilnahme, durch Aufmunterung und Anerkennung, durch

³² Pfülf II, 204.

Unterricht und geistliche Mithilfe in hohem Grade fördern. Die Kirche muss das Interesse für den Arbeiterstand vornehmlich beim Klerus wecken... Die Arbeiterfrage darf daher bei der Ausbildung des Klerus nicht mehr übergangen werden“ (162f.).

Der staatlichen Gesetzgebung stellt Ketteler folgende Aufgaben:

- „1. Verbot vorzeitiger Beschäftigung der Kinder in den Fabriken,
2. Beschränkung der Arbeitszeit der in Fabriken beschäftigten Kinder im Interesse ihrer körperlichen und geistigen Ausbildung,
3. Trennung der Geschlechter in den Arbeitslokalen,
4. Schließung gesundheitsschädlicher Arbeitslokale,
5. Regulierung der Arbeitszeit (Stundengesetz),
6. Sonntagsruhe,
7. Leistung von Entschädigungen an die Arbeiter, welche ohne eigene Schuld in den Etablissements zeitweise oder für immer arbeitsunfähig wurden,
8. Gesetzliche Sicherstellung und Beförderung der gemeinnützlichen Arbeitergenossenschaften...,
9. Staatskontrolle über die Ausführung der Arbeitergesetzgebung durch Ernennung offizieller Fabrikinspektoren“ (161f.).

[283] Dieser Appell an die soziale Verantwortung der Bischöfe blieb zunächst ohne greifbare Folgen. Am Vorabend des 1. Vatikanischen Konzils und in den Jahren des Kulturkampfes danach hatten die Bischöfe andere Sorgen.³³ Im Kulturkampf musste der Katholizismus auf Geschlossenheit bedacht sein und konnte sich keine inneren sozialpolitischen Auseinandersetzungen leisten. Doch mit dem Abbau des Kulturkampfes, als Ludwig Windthorst die Notwendigkeit sah, den Katholizismus aus der Kulturkampfmoralität heraus und an die positive Mitarbeit im staatlichen Leben heranzuführen, griffen er und das Zentrum die sozialpolitischen Aufgaben bewusst und entschieden an.³⁴ An der Sozialversicherungs- und Arbeiterschutzgesetzgebung, die uns in Deutschland trotz aller gegenteiligen marxistischen Prognosen ja schwere soziale Erschütterungen ersparen sollten, hat das Zentrum entscheidend mitgearbeitet, während Liberale dagegen waren und die Sozialisten abseits standen, weil sie jegliche systemstabilisierenden Maßnahmen ablehnten.

Am 19. März 1877, dem Todesjahr Kettelers, wurde im Antrag seines Neffen, des Zentrumsabgeordneten Graf von Galen, zum ersten Mal die soziale Frage in breiter Form zum Gegenstand der Verhandlung des Reichstages gemacht, und zwar in der Forderung einer umfassenden Schutzgesetzgebung für die Industriearbeiter. Noch wurde der Antrag in schnöder Weise abgetan. Der Vertreter der Regierung sah darin eine „Provokation“, einen schweren Angriff gegen deren Wirtschaftspolitik³⁵ Die Nationalliberalen und Sozialdemokraten waren sich einig im Spott. Bebel zog her über „diese christlich-soziale Weltordnung“, von der man nicht wisse, „ob sie aus der Zeit stamme, wo Gregor VII. allmächtig herrschte, oder wo Leo X. die Ablassgelder in Rom verschwendete“.³⁶ [284] Nach

³³ H. Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München ²1966, 59. Text der Rede: J. Mumbauer, W. E. v. Kettelers Schriften III, 184-214. Nach dieser Ausgabe Band- und Seitenzahlen in Klammern.

³⁴ Veröffentlicht in den „Christlich-Sozialen Blättern“ (1869 Nr. 19); J. Mumbauer, W. E. v. Kettelers Schriften III, 145-166: Sozialcaritative Fürsorge der Kirche für die Arbeiterschaft. Bischöfliches Referat für die Konferenz der hochwürdigsten Bischöfe Deutschlands zu Fulda im September 1869. Nach dieser Ausgabe die Seitenzahlen in Klammern. Ketteler I 1, 429-451.

³⁵ Für das Referat Kettelers stand nur eine Nachmittagssitzung (5.9.) zur Verfügung. Im Protokoll heißt es: „Was die Kirche in dieser Beziehung leisten könne und müsse, wurde weitläufig auseinandergesetzt und zugleich dargelegt, dass es zur Zeit sehr schwierig sei, schon jetzt die Detailfragen dieser Tätigkeit als Propaganda für die conciliarische Verhandlung zu formulieren; doch müsse die Sache im Auge behalten und darauf hingewirkt werden, dass das künftige Concil die Pflicht der Kirche, sich der Armenpflege anzunehmen, aufs Neue einschärfen möge“ (Zitat nach Pfülf II, 436).

³⁶ Vgl. L. Heyde, Abriss der Sozialpolitik, Heidelberg ¹¹1959: „Es war für die gesetzgeberische Tätigkeit des Reichstages von größter Bedeutung, dass sich hohe katholische Würdenträger, vor allem der Mainzer Bischof Emmanuel v. Ketteler seit seiner gewaltigen Rede auf der Liebfrauenheide und seiner 1864

Ludwig Windthorst war der Antrag Galen der „Anfang einer Diskussion“.³⁷ Sie wurde vom Zentrum beharrlich weitergeführt und brachte eine reiche sozialpolitische Gesetzgebung in Fluss. Nach Fritz Vigener „muss es für gewiss gelten“, dass das Zentrum auf Anregung Kettelers den Antrag Galen eingebracht hat, dass es sich hier um eine „Nachwirkung jenes ersten Plans“ handelte, den Ketteler im Jahre 1871 zur Weiterbildung des deutschen Arbeitsrechts der Zentrumsfraktion vorgelegt, aber auf die Kritik Lujo Brentanos hin zurückgezogen hatte.³⁸ Dieser direkte Einfluss Kettelers auf den Antrag seines Neffen, des Grafen von Galen, lässt sich nicht nachweisen. Es steht aber außer Frage, dass Ketteler dem Zentrum wie dem sozialen Katholizismus Deutschlands überhaupt den Weg von der allgemeinen Sozialreform zur partiellen staatlichen Sozialpolitik gewiesen hat zu einer Zeit, als etwa die Historisch-Politischen Blätter noch bei ihrem entschiedenen Nein zur bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung blieben und entsprechend bloß sozialpolitische Maßnahmen als „Stück- und Flickwerk“ erklärten.³⁹

Der Antrag Galen von 1877, der nichts anderes als eine Zusammenfassung von – allerdings wegweisenden – sozialpolitischen Einzelmaßnahmen ist, beschreitet den von Ketteler empfohlenen Weg der innerkapitalistischen Sozialpolitik. Ihn empfahl auch 1891 die Sozialenzyklika *Rerum Novarum* Papst Leos XIII. Wenn dieser den Mainzer Bischof als seinen „großen Vorgänger“ bezeichnet, von dem er viel gelernt habe,⁴⁰ wird damit die Bedeutung Kettelers für die soziale Bewegung weit über Deutschland hinaus deutlich.

erschienenen Schrift ‚Die Arbeiterfrage und das Christentum‘, mit Wärme und tiefem Verständnis für eine durchgreifende Sozialpolitik einsetzten. Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat, sobald der Druck des ‚Kulturkampfes‘ von ihr genommen war, mit hervorragendem Erfolg, um den sich später besonders Prof. Franz Hitze verdient machte, an der deutschen Sozialpolitik mitgearbeitet“ (32).

³⁷ K. Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumsparterie III, Köln 1927, 335f.

³⁸ Ebd.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ F. Vigener, Ketteler, 710f.; vgl. 716.